

Kein Gesundheitswesen à la USA

Abstimmung 1. Juni: **Revision Krankenversicherung**

Der Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung», ein Gegenvorschlag zur «Prämiensenkungs-Initiative» der SVP, bezweckt einen Abbau der Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung KVG und noch mehr Macht für die Krankenversicherungen. SP, ÄrztInnen und die GesundheitsdirektorInnen wehren sich gegen diese Vorlage, die auf eine Zweiklassenmedizin abzielt.

Jeannette Egli

Der preisgekrönte Dokumentarfilm «Sicko» von Michael Moore zeigt drastisch die Missstände im durchwegs privatisierten US-amerikanischen Gesundheitswesen. Dieses ist das teuerste und ineffektivste auf dem Globus: AmerikanerInnen haben heute eine geringere Lebenserwartung als Einwohner anderer Industriestaaten, und die Kindersterblichkeit nähert sich in den USA bedenklich jener in manchen Entwicklungsländern. Wer in den USA überhaupt eine Krankenversicherung hat, ist nie sicher, ob



diese im Bedarfsfall zahlen oder einen sich selbst überlassen wird.

Solches wollen wir hier nicht. Die Krankenpflegeversicherung muss für alle, unabhängig von Krankheit, Geschlecht und Alter, obligatorisch bleiben und darf nicht zu viel Macht haben. Die mit der Verfassungsänderung angestrebte Profitorientierung würde zu Lasten der Qualität gehen und den solidarischen und sozialen Charakter der Versicherung abbauen.

Die Schweiz hat heute ein qualitativ gutes Gesundheitssystem. Das KVG gehört zu den Grundsäulen der sozialen Sicherheit in der Schweiz. Dank dem Obligatorium sind seit 1996 alle Prämienzahlenden ungeachtet ihrer Situation gegen Krankheit versichert. Private Interessenvertreter wie Krankenkassen und Privatspitäler wollen nun mit den bürgerlichen Parteien den heute guten Leistungsumfang angreifen und mehr Kosten auf die Versicherten überwälzen. Als Folge davon droht eine zunehmende Rationierung und eine noch stärkere finanzielle Eigenbeteiligung durch die Betroffenen, so in der Langzeitpflege, kurz: die Zweiklassenmedizin. Dies gilt es zu verhindern.

Im aktuellen System haben die privaten Krankenkassen und ihre

Lobbyisten eine starke Position und betreiben einen Scheinwettbewerb um Risiken statt um Qualität. Sie haben ein kurzfristiges betriebswirtschaftliches Interesse an «guten Risiken», hingegen kaum ein Interesse an Prävention. Die Krankenkassen sind heute in der Grund- und Zusatzversicherung tätig und wollen ihre lukrativen Privatversicherungen ausbauen. Was es braucht, ist eine bessere Aufsicht über die Krankenkassen in der Grundversicherung und eine Trennung von Grund- und Zusatzversicherung. Aber nicht diese Verfassungsänderung zur «Revision der Krankenversicherung». Darum gehört am 1. Juni dazu ein kräftiges NEIN in die Urne.

In einem ihrer Positionspapiere macht die SP Aargau Vorschläge für ein soziales und leistungsfähiges Gesundheitswesen. Zentrale Forderungen sind der Ausbau der Prämienverbilligung, denn die Finanzierung des Gesundheitswesens muss solidarischer werden, sowie die Prävention und Gesundheitsförderung (mehr dazu, siehe www.sp-aargau.ch/positionen/positionen-2008/).

Jeannette Egli aus Bremgarten ist politische Sekretärin der SP Aargau.

EDITORIAL

Demokratie?

Claudio Marti

In der nationalen Tagespolitik zeigt sich Sonderbares: Die wählerstärkste Partei beruft sich in schöner Regelmässigkeit auf ihre Rolle als Hüterin der Demokratie und der Volksentscheide. Ihre Taten sprechen



allerdings eine ganz andere Sprache: So wird vier Monate nach ihrer demokratischen Wahl durch die Bundesversammlung eine Bundesrätin zum sofortigen Rücktritt aufgefordert. Es wird mit Referenden gegen den Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung gedroht, der mit 80 Prozent JA-Stimmen die Volksabstimmung passierte. Und am 1. Juni dieses Jahres kommt die sogenannte Einbürgerungsinitiative dieser Partei zur Abstimmung. Mit dieser soll insbesondere verhindert werden, dass negative Einbürgerungsentscheide gerichtlich überprüft werden können. Begründet wird dies mit dem Respekt gegenüber der Demokratie. Was aber hat Rechtsverweigerung mit Demokratie zu tun? Das Bundesgericht hat in zwei historischen Urteilen im Juli 2003 festgestellt, dass negative Einbürgerungsentscheide begründet werden müssen, dies gestützt auf das Willkürverbot unserer Bundesverfassung. Ist es also undemokratisch, wenn das vom demokratisch gewählten Parlament demokratisch gewählte Bundesgericht unsere Bundesverfassung anwendet, die vor erst neun Jahren von Volk und Ständen in einer demokratischen Volksabstimmung angenommen wurde? Niemand darf sich im Rechtsstaat nur dann auf Demokratie berufen, wenn dies gerade opportun ist. Das wäre ein sonderbares Demokratieverständnis. Die Schweiz gründet auf dem System der Demokratie. Dieses darf von niemandem unterwandert werden.

Claudio Marti aus Basel ist Co-Präsident der SP Aargau.

Sicherheit und Demokratie

SVP-Initiative «**Für demokratische Einbürgerungen**»

Am 1. Juni stimmen wir auch über die Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» der SVP ab. Anders als der Titel vorgibt, geht es bei dieser Initiative nicht einfach um Einbürgerungen und schon gar nicht um «demokratische» Einbürgerungen.

Roberto Rodríguez

Lassen wir uns nicht vom Titel der Initiative blenden, denn die Volksinitiative verlangt, dass das Volk an der Urne oder an Gemeindeversammlungen entscheidet, wer das Bürgerrecht erhält oder eben nicht, und zwar ohne Begründung oder Beschwerdemöglichkeit. Das führt zu Zufallsentscheiden und



somit zu Willkür beim Bürgerrecht. Das schweizerische Bürgerrecht ist zu wichtig, zu einzigartig, um willkürlich damit umzugehen. Und an willkürlichen Entscheiden ist nichts Demokratisches.

Nicht der Urnenentscheid ist das Problem am Initiativtext, sondern die fehlende Begründung und die fehlenden Beschwerdemöglichkeiten sind es. Das Abschliessende am Entscheid führt zu Beliebigkeit. Eine Entscheidung, die nicht einmal begründet werden muss, ist unschweizerisch. Niemand sollte sich in der Schweiz hinter einer Urne verstecken müssen.

Zu unserer direkten Demokratie gehört es, dass wir als StimmbürgerInnen das Recht haben, eine Umfahrungsstrasse an der Urne zu verhindern oder den Baukredit für eine Turnhalle abzulehnen, auch willkürlich und oh-

ne Begründung. Wenn wir jedoch zulassen, dass Gesuche von Einzelpersonen unbegründet an der Urne abgelehnt werden, ist etwas faul an unserer direkten Demokratie. Niemand muss für eine Baubewilligung, einen Marktstand oder die Terrassenbestuhlung eines Restaurants an die Urne gehen und ohne Begründung den Entscheid akzeptieren. Und genauso sollte es auch bleiben, auch für Gesuche von Einzelpersonen für das Bürgerrecht.

Wir brauchen Sicherheit und Transparenz. Immerhin geht es um den Zugang zum schweizerischen Bürgerrecht. Deshalb kommt am 1. Juni nur ein NEIN in Frage.

Roberto Rodríguez aus Zürich ist politischer Sekretär der SP Aargau.

INTERVIEW

Breites Politikspektrum

Katharina Kerr

links.ag: Jürg Caflisch, wo liegen Deine Interessen? Welche beruflichen und politischen Erfahrungen bringst Du mit? Welche Themen möchtest Du bearbeiten?



Jürg Caflisch: Ich fühle mich als politischer Mensch, von da her habe ich ein breites Verständnis von Politik und bin an vielen Themen interessiert. Wenn ich Schwerpunkte setzen muss, würde ich dies bei der Umwelt- und Sozialpolitik machen. Ich politisiere schon einige Jahre im Einwohnerrat Baden und habe mich unter anderem für Fragen des Verkehrs und der Stadtentwicklung engagiert. Beruflich bin ich Sozialarbeiter und arbeite aktuell als Beauftragter für Kinder- und Jugendfragen im Kanton Basel-Stadt.

Was fällt Dir zum Thema «Jugend im Aargau» ein? Wo ist hier politischer Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene? Die Jugendlichen im Kanton Aargau sind ungefähr so uneinheitlich wie der Kanton selber ... Zentral scheint mir, dass der Kanton sein Möglichstes tut, um Jugendlichen einen guten Einstieg in die Arbeitswelt zu geben. Da gibt es sicherlich noch einiges zu tun. Die Jugendförderung im Kanton ist ja kürzlich personell ausgebaut worden. Allerdings sind die finanziellen Förderungsmöglichkeiten noch zu klein.

Was machst Du in der Freizeit? Ich bewege mich körperlich und geistig gerne, das heisst, ich treibe etwas Sport (Wandern, Tennis, Ski) und gehe gerne ins Kino, ins Theater und an Fussballspiele, ein bis zwei Mal im Jahr sogar in die Oper. Ich bin ein «Allesleser». Musik und Kochen kommen leider meist etwas zu kurz.

Jürg Caflisch von Baden ist ab 6. Mai 2008 SP-Grossrat.

Parteiinterne Diskussion

Position der SP Aargau

kk. Im Februar lancierte die Geschäftsleitung der SP Aargau mit elf kurzen Positionstexten eine parteiinterne Diskussion über die Inhalte der aktuellen Politik der SP Aargau (siehe auch Marco Hardmeier dazu in links.ag 86, Seite 11). Wir bringen in links.ag bis im Mai eine Zusammenfassung der Positionspapiere mit kurzen Kommentaren, verfasst von AutorInnen aus verschiedenen Lebenssituationen und

ALTER

Wegen der steigenden Lebenserwartung und der rückläufigen Geburtenraten erhält die Bevölkerungsgruppe der über 65-Jährigen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch immer mehr Gewicht. Die Gruppe der älteren Menschen ist auch sehr heterogen geworden: Sie umfasst mehrere Generationen. Diese Heterogenität erschwert eine spezifische Alterspolitik. Die SP Aargau engagiert sich neben der Sicherung der Altersvorsorge auch im Bereich der Förderung von vielfältigen Wohnformen im Alter, entwirft Modelle für ältere Arbeitskräfte sowie für ältere Migrantinnen und Migranten und wehrt sich für eine kundenorientierte Pflege und Betreuung von älteren Menschen. Die Sicherung des heutigen Standes der Altersvorsorge muss das zentrale Anliegen der sozialdemokratischen Alterspolitik sein. Alterspolitik ist als eine Querschnittsaufgabe zu definieren.

Sie ist Sache von Bund, Kanton und Gemeinden und sollte innerhalb des Kantons Sache aller Departemente sein. Besonders ältere Menschen leiden heute unter der so genannten

Alltagskriminalität. Dagegen fordert die SP Aargau eine Präventionskampagne, die ältere Menschen informiert und schützt.

AUTONOMIE UND PARTIZIPATION

Hat sich die Alterspolitik bei der Einführung der AHV vor allem auf die Sicherung eines angemessenen Einkommens beschränkt, so muss Alterspolitik heute umfassender betrachtet werden. Die ältere Bevölkerung nimmt quantitativ zu. Dadurch entsteht auch eine Diskussion von qualitativen Aspekten des Alters. Ziel jeder Alterspolitik muss die Förderung der Autonomie und Partizipation der älteren Menschen sein, eingeschlossen sind hier auch Migrantinnen und Migranten. Ältere Menschen sind eine hetero-



gene Gruppe. Alterspolitik muss sich mit dieser Vielfalt auseinandersetzen. Mit einer immer längeren Lebenserwartung stellt sich auch die Sinnfrage in diesem 4. Lebensalter. Neben staatlichen Aktivitäten sind auch die Aktivitäten von Verbänden und Gruppierungen der Altershilfe zu unterstützen. Sie nehmen auf regionale Gegebenheiten Rücksicht und formulieren aus den Anliegen ihrer Mitglieder alterspolitische Forderungen.

Sybille Bader aus Tägerig ist Grossrätin.

GEMEINDEREFORM AARGAU GERAG

Grössere staatliche Gemeinwesen können in der Regel qualitativ bessere Dienstleistungen erbringen. Wichtigster Massstab bleibt die Funktionalität der Gemeinden, die Erhaltung von Bürgernähe und eine professionell erbrachte Dienstleistungsqualität.

■ Die direkte demokratische Kontrolle ist, wo sie verloren gegangen ist (so bei Zweckverbänden), wieder herzustellen.

■ Weitere Aufgabenteilungen respektive Aufgabenentflechtungen dürfen bei gleichzeitigen Kürzungen der Mittel aus dem Finanz- und Lastenausgleich (FLA) nicht zu Lasten der Gemeinden gehen.

■ Gemeindegemeinschaften müssen als partnerschaftliches Unternehmen mit einer professionellen Kommunikation und unter Einbezug von möglichst vielen Personen(-kreisen) durchgeführt werden. Die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung sind ernst zu nehmen. Die finanzielle und konzeptionelle Unterstützung

ist nötigenfalls durch den Kanton zu übernehmen.

■ (Steuer-)Standortwettbewerb ist kein Argument für Gemeindegemeinschaften.

■ Durch Gemeindegemeinschaften entstehende Synergie-

effekte und Effizienzgewinne sind nicht in Steuersenkungen umzusetzen, sondern in Form von besseren oder zusätzlichen Dienstleistungen und Investitionen an die gesamte Bevölkerung auszuschütten.

NUR ZUGUNSTEN DES SERVICE PUBLIC

Der Aargau ist nicht nur der Kanton der Regionen, er ist auch der Kanton der vielen bürgernahen mittleren und kleinen Gemeinden. So, wie die Aufgaben der Kommunen immer komplexer und schwieriger werden, so müssen auch die Dienstleistungen unserer Dörfer und Städte immer mehr Kriterien genügen. Gewisse Kleingemeinden haben Mühe mit dem Finden von BehördenvertreterInnen, andere können sich eine ausgebaute Verwaltung schlicht nicht leisten. Die Lösung für diese Probleme liegt dann in einer Fusion. Was



aber nicht sein darf: Die «neoliberale» Form der Gemeindefusion. Man nehme zwei Dörfer, streiche die halbe Infrastruktur, und schon kann man den Steuerfuss senken. Bei solchen «Synergieeffekten» bekommen gewisse bürgerliche Sparapostel glänzende Augen. Aber diese versteckten Rationierungen des Service public machen

wir nicht mit.

Luca Cirigliano von Niederlenz ist Co-Präsident der SP Bezirk Lenzburg und Mediensprecher der JUSO Aargau.

um Inhalte (II)

Generationen. Die Positionspapiere werden breit diskutiert und können noch verändert werden. Die vorgeschlagenen Positionstexte sind in voller Länge auf der Homepage der SP Aargau zu finden (<http://www.sp-aargau.ch/positionen/positionen-2008/>).

ÖFFENTLICHER VERKEHR

Mobilität ist in der Bevölkerung ein wachsendes Bedürfnis. Daher wird nach einer gerechten und umweltver-

träglichen Politik im Bereich Mobilität verlangt. Ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz wird nicht

GRUNDPFEILER DES SERVICE PUBLIC

Der öffentliche Verkehr ist ein Grundpfeiler des Service public und der sozialdemokratischen Verkehrspolitik. Ohne ein gut funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz kommt das öffentliche Leben zum Stillstand. Grosse Teile der Bevölkerung sind auf das Angebot des öffentlichen Verkehrs angewiesen und entsprechend gross ist dessen Nutzung. Daher ist ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz in unserem Kanton unabdingbar. Im Regionalverkehr beschränkt sich das Leistungsangebot häufig auf die

Stosszeiten, während in den Nebenstunden die Verbindungen auf einige wenige Busse und Züge reduziert sind. Die Bedürfnisse derer, die auf diese Leistungen angewiesen sind, dürfen nicht durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik beschnitten werden. Die SP muss auch weiterhin ihre Verantwortung wahrnehmen und für einen nachhaltigen, sicheren und günstigen öffentlichen Verkehr eintreten.

Andri Koch von Hunzenschwil ist Co-Präsident der JUSO Aargau.



nur von der Bevölkerung, sondern auch von Unternehmungen bei der Standortauswahl stark berücksichtigt. Die Beteiligung aller Altersgruppen am öffentlichen Leben wird durch den ÖV erst ermöglicht.

■ Der Fahrplan des öffentlichen Verkehrsnetzes wird ausgebaut.

■ Die Nachtzuschläge werden harmonisiert und konzessionsübergreifend anerkannt.

■ Der Kanton Aargau stellt die nötigen Mittel für einen kostenlosen Regionalverkehr und zusätzliche Verkehrsbegleiter zur Verfügung.

■ Der Kanton Aargau schafft zur Entlastung von älteren Menschen, Familien und Kindern Mobilitätsgutscheine. EmpfängerInnen der Mobilitätsgutscheine sind BezügerInnen von AHV, IV, Familien ab einem Kind sowie Jugendliche bis 25 Jahre.

WIRTSCHAFT

Die letzten 20 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung in der Schweiz und Europa waren geprägt von Aufstieg und Versagen des Neoliberalismus. Dem Mythos von Wachstum und sinkenden Preisen durch Wettbewerb stehen die faktisch stagnierende oder

sogar rückläufige Reallohnentwicklung und die schwächste Wachstumsperiode seit dem 2. Weltkrieg gegenüber.

Die Dominanz neoliberaler Ideen hat direkte Auswirkungen auf die kantonale und regionale

Wirtschaftspolitik: Ruinöser Steuerwettbewerb, Privatisierungen und Liberalisierungen von öffentlichen Dienstleistungen, steigende Gebührenlast sind die Stichworte. Wenn überhaupt, dann bestand die kantonale Wirtschaftspolitik des Kantons Aargau seit 1990 genau aus diesem Programm. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik orientiert sich entlang der Dimensionen qualitativen Wachstums, der Standortförderung, guter Arbeitsbedingungen, der Umverteilung des Reichtums und des ökologischen Umbaus. Die zunehmende Mobilität des Kapitals und der globaler werdende Wettbewerb erhöhen den Druck auf die Arbeitnehmer. Die Antwort besteht im steten Ausbau der nationalen und kantonalen sozialen Sicherungssysteme im Austausch gegen einen flexiblen Arbeitsmarkt.

Staat, Gewerkschaften und Arbeitnehmer müssen sich auf Wachstumsziele im Austausch gegen Vollbeschäftigung und gute Arbeitsbedingungen einigen.

HOHE SOZIALE SICHERHEIT

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen. Ihr Ziel ist mehr Wachstum, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Ökologie.

Dies bedeutet, dass wir grundsätzlich nichts gegen die wirtschaftspolitischen Ziele der Aargauer Regierung – Erhöhung der Wertschöpfung im Bereich der Unternehmen und bei den Privathaushalten sowie bessere Position des Kantons im Standortwettbewerb – haben. In der Umsetzung bedeutet dies für uns aber hohe soziale Sicherheit für Jung und Alt,

gute Schulen mit Tagesstrukturen, ein umfassendes Weiterbildungsangebot für alle, ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsangebot. Und es heisst finanzielle Stabilität im Kanton und finanzielle Spielräume für den Kanton. Dies wiederum ist eine Absage an den interkantonalen Steuerwettbewerb und – um etwas in die Zukunft zu blicken – an die geplante Veräusserung von Kantonalbank und AEW.

Marie-Louise Nussbaumer Marty von Obersiggenthal ist Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion.



KOMMENTAR

2353 Fussballstadien!

Urs Hofmann

Mehr Eigenverantwortung! Dieser Rufertönt in der politischen Auseinandersetzung



meist dann, wenn es darum geht, unseren Sozialstaat als überrissen und schädlich zu brandmarken. Die letzten

Monate müssen allen denjenigen als besondere Provokation erscheinen, denen als Arbeitslose, als Rentnerinnen ohne Pensionskasse und 3. Säule, als Jugendliche, die dem Teufel vom Karren zu fallen drohen, mangelnde Eigenverantwortung bei der Stellensuche, bei der Altersvorsorge, beim Meistern ihres Lebens vorgeworfen wird: Ich denke an die Bankenkrise. „Eigenverantwortung“ erhält vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen „Erfolgs“ der Verwaltungsräte und Manager einiger Grossbanken, allen voran der UBS, einen besonders bitteren Beigeschmack. Wir alle erinnern uns noch gut, wie die Millionengehälter der obersten Bankenfürer mit der enormen Verantwortung gerechtfertigt wurden, die diese zu tragen hätten. Welche Eigenverantwortung diejenigen heute zu übernehmen bereit sind, die bei einer einzigen Bank 40 Milliarden zum Verschwinden brachten, werden wir sehen. 40 Milliarden sind im übrigen mehr Geld, als der Lötschbergtunnel, der Gotthardbasistunnel und die Rettung der Swiss zusammen kosten werden. Etwa gleich viel Geld, wie der Bund, zieht man die reinen Transferzahlungen ab, in einem ganzen Jahr ausgibt. Oder, so errechnete mein 15jähriger Sohn Julian, 2353 Mal so viel, wie die Stadt Aarau für das neue Fussballstadion des FC Aarau ausgeben muss!

Urs Hofmann von Aarau ist Nationalrat und Regierungsratskandidat der SP Aargau.

AGENDA

6. MAI

Sitzungen, SP-Grossratsfraktion und Grosser Rat

17. MAI

Ordentlicher Parteitag der SP Aargau, ab 9.30 Uhr im Gemeindesaal in Möriken-Wildegg

20. MAI

Ausflug der SP-Grossratsfraktion nach Zofingen

20. MAI

Geschäftsleitungs-Sitzung, 17.30 Uhr im Volkshaus, Aarau

27. MAI

Sitzungen, SP-Grossratsfraktion und Grosser Rat

Die Termine und weitere Veranstaltungshinweise und die Berichterstattung aus dem Grossen Rat finden sich unter der Rubrik «Agenda» bzw. «Grosser Rat» auf der Homepage der SP Aargau: www.sp-aargau.ch. Die dortige Terminliste wird laufend aktualisiert bzw. ergänzt.

SP Aargau: Kündigung der Parteisekretärin Jeannette Egli

Jeannette Egli wendet sich **neuen beruflichen Herausforderungen** zu.

An ihrer Klausurtagung vom vergangenen Samstag musste die Geschäftsleitung der SP Aargau von der Kündigung von Parteisekretärin Jeannette Egli Kenntnis nehmen, die nach rund vier Jahren im Dienste der Kantonalpartei neue berufliche Herausforderungen wahrnehmen möchte. Die SP Aargau dankt Jeannette Egli ganz herzlich für ihre enormen Verdienste um die SP Aargau. Die Geschäftsleitung hat am Samstag beschlossen, die Stelle der Parteisekretärin öffentlich auszuschreiben.

Claudio Marti und Marco Hardmeier

Jeannette Egli trat ihre Stelle als Parteisekretärin der SP Aargau im August 2004 an. Sie hat in den rund vier Jahren ihrer Anstellung die Geschicke der Kantonalpartei wesentlich mitgeprägt und blickt auf eine erfolgreiche Amtszeit zurück. Darunter fallen der Zugewinn bei den Grossratswahlen 2005 gleichermassen wie auch der Abstimmungskampf gegen die kantonale Steuergesetzrevision 2006, welche mit einem Anteil von über 44



Prozent Nein-Stimmen weit über die WählerInnenschaft der SP abgelehnt wurde. Jeannette Egli war seit ihrem Amtsantritt Frauensekretärin der SP Frauen Aargau und Fraktionssekretärin der Grossratsfraktion.

Die Geschäftsleitung der SP Aargau bedauert Jeannette Egli's Kündigung ausserordentlich. Jeannette Egli möchte sich nach Abschluss ihrer Weiterbildung (CAS Corporate Communications am SPRI in Zürich) neuen beruflichen Herausforderungen zuwenden. Die Geschäftsleitung würdigt ihren unermüdlichen und engagierten Einsatz für das Wohl der Kantonalpartei und wünscht ihr für die weitere berufliche und private Zukunft alles erdenklich Gute.

An ihrer Sitzung vom vergangenen Samstag beschloss die Geschäftsleitung der SP Aargau, die Stelle der Parteisekretärin öffentlich auszuschreiben. Die Nachfolge von Jeannette Egli und somit die neue Stelleninhaberin neben dem bisherigen Parteisekretär Roberto Rodríguez wird im Verlaufe des Monats April mit Stellenantritt in den Sommerferien gewählt.

PEPERONA 2008

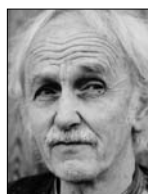
PREIS DER SP FRAUEN AARGAU GEHT 2008 AN GENDERSENSIBILISIERTE MEDIENSCHAFFENDE

2008 möchten die SP Frauen mit ihrem Preis gendersensibilisierte Medienschaffende auszeichnen. Mit der PEPPERONA 2008 unterstreichen die SP Frauen die Wichtigkeit von gleichstellungsfördernden medialen Anstrengungen.

Der Förderpreis soll frauen- und gleichstellungsspezifischem Engagement Öffentlichkeit verschaffen sowie einen effektiven Beitrag zur Gleichstellung im Kanton Aargau leisten.

Die SP-Frauen Aargau zeichnen seit 2002 jährlich Gruppen, Institutionen oder Einzelpersonen mit dem Frauenpreis «PEPPERONA» aus. Dieser Förderpreis hat einen Wert von 2000 Franken. Die Preisverleihung findet im Rahmen des ordentlichen Parteitages der SP Aargau am 17. Mai in Möriken Wildegg statt.

Wer die PEPPERONA 2008 bekommt, sei an dieser Stelle noch nicht verraten. (je)



EINE VORSCHAU AUF DIE WAHLEN VOM WINTER 2008/2009 VON HANS BÖSCH:

Die Zeit- und Eidgenössischen (und die Kantonalen) wünschen glaubwürdige PolitikerInnen:

- Solche mit Ausdauer und Fachkenntnis
- solche, die Klartext reden
- solche, die mutigen Einsatz gegen Unrecht wagen
- solche, die Nägel mit Köpfen einschlagen
- solche mit Taten, nicht bloss mit Worten
- solche, die für gesunde Familien eintreten
- solche, die eine soziale Marktwirtschaft anstreben
- solche, die eine gerechtere Gesundheitspolitik wollen
- solche, die die Energieversorgung sicherstellen
- solche, die eine in Mode gekommene Energieverschwendung bekämpfen
- solche, die Probleme nicht einfach schönreden
- solche, die für ein koordiniertes Schul- und Bildungswesen kämpfen ...

Der Biobauer Hans Bösch aus Au/Sins war von 1997 bis 2002 SP-Grossrat. Er publiziert als -habö- Gedichte und Glossen.

IMPRESSUM

SP Aargau
Bachstrasse 43/Postfach
5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Redaktion: katkerr@katkerr.ch

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sybille Bader, Luca Cirigliano, Jeannette Egli, Marco Hardmeier, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Andri Koch, Claudio Marti, Marie-Louise Nussbaumer Marty, Roberto Rodriguez.